

mandatsmeldung.

MÄRZ
2024

INHALTE

Deutschland wieder auf Kurs bringen

Dr. Markus Söder, S. 2

Wachstumsimpulse für den Wohnungsbau

Sebastian Brehm, S. 2

Zum Jahrestag der Eröffnung des KZ Dachau

Karl Freller, S. 3

Saal 600: Sondertribunal für die Ukraine

Tobias Winkler, S. 3

Bayern: erstes Flächenland mit Bezahlkarte

Petra Guttenberger, S. 4

Bezahlkarte für Asylbewerber gestartet

Jochen Kohler, S. 4

Für ein ausgewogenes Streikrecht in DE

Thomas Pirner, S. 5

5-Punkte-Plan für den Aufschwung

Werner Stieglitz, S. 5

Sicherung der regionalen Landwirtschaft

Peter Daniel Forster, S. 6



UKRAINE-KRIEG: DIE ALTE SPD IST ZURÜCK

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde,

die Umfragewerte der SPD sind schlecht, in den neuen Bundesländern spielen die Sozialdemokraten in weiten Teilen keine Rolle mehr, hier drohen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg schwere Wahlschlägen. Die Parteistrategen im Willy-Brandt-Haus haben aber offenbar eine Möglichkeit ausgemacht, die Sache noch zu drehen: Olaf Scholz wird als Friedenskanzler inszeniert, der Deutschland vor einem Weltkrieg mit Russland bewahrt. Die nachvollziehbaren Sorgen der Bevölkerung vor einer Eskalation des Ukraine-Kriegs bestärkt der Kanzler im Bundestag mit dubiosen Andeutungen. Unter dem tobenden Applaus der AfD und vor irritierten Gesichtern der eigenen Koalitionspartner wirft der Kanzler Unionsabgeordneten vor, man hätte gemeinsames, geheimes Wissen, warum die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern nicht möglich sei. Statt Verantwortung zu übernehmen und Vertrauen in der Bevölkerung und bei unseren westlichen Partnern zu stiften, leistet der Kanzler Verschwörungstheorien am linken und rechten Rand Vorschub. Noch im Februar haben die Ampel-Parteien als Reaktion auf den Druck der Union einen Alibi-Antrag beschlossen: Man müsse die Ukraine befähigen, „die besetzten Gebiete, einschließlich der Krim zu befreien und ihre völkerrechtlich anerkannten Grenzen wiederherzustellen.“ Es sei „essenziell, dass die Ukraine diesen Verteidigungskampf gewinnt. Präsident Putin und sein Regime müssen diesen Krieg verlieren.“ Und nun? SPD-Fraktionschef Mützenich wirft im Bundestag die Frage auf, wie man den Krieg nun endlich „einfrieren“ könne. Von einer Niederlage Russlands ist nicht mehr die Rede. Als Unionsfraktion wissen wir sehr genau, dass der Rückhalt für die Unterstützung der Ukraine in Teilen der Bevölkerung nachlässt, wir sind aber überzeugt, dass es nicht nur unsere Pflicht, sondern in unserem ureigenen Interesse ist, die Ukraine mit allem auszurüsten, was sie in die Lage versetzt, Russlands Angriffe auf Städte, Infrastruktur und Menschenleben abzuwehren. Wir nehmen die Vorbehalte in der deutschen Bevölkerung ernst, es ist aber verantwortungslos, diese zusätzlich aufzupeitschen. Die alte SPD ist zurück - eine gute Nachricht für Moskau, eine schlechte für Kyjiw.

Liebe Freunde, ich wünsche Euch frohe Ostern und erholsame Feiertage!

Mit herzlichen Grüßen

Euer Michael Frieser

Bezirksvorsitzender & MdB Nürnberg-Süd/Schwabach



„Nürnberg und Franken sind nur stark, wenn die CSU auf allen politischen Ebenen mitspricht.“

**Dr. Markus Söder
Bayerischer
Ministerpräsident
& MdL Nürnberg-Ost**

[Website](#)

DEUTSCHLAND WIEDER AUF KURS BRINGEN

Liebe Freundinnen und Freunde,

Deutschland versinkt immer mehr im Ampel-Chaos. Es gibt viele äußerst wichtige Aufgaben, die im Bund nicht angepackt oder – noch schlimmer – verschleppt werden. So ist Deutschland beim Wirtschaftswachstum Schlusslicht in der EU und bei den G7. Das sogenannte Wachstumschancengesetz hat keinen nennenswerten Effekt. Wir brauchen mehr, um Deutschland wieder auf Kurs zu bringen.

Die Cannabis-Legalisierung ist eine fatale Entscheidung, mit gesundheitsgefährdenden Auswirkungen für die Bevölkerung. Bayern wir sich an allem, was das Gesetz stoppen und verzögern kann, beteiligen. Und wir werden es so restriktiv anwenden, wie nur möglich. In der Migrationspolitik führt die Ampel bewusst einen Stillstand herbei. Der Freistaat handelt umso schneller und konsequenter, zum Beispiel bei der Bezahlkarte für Asylbewerber. Wir sind überzeugt: Sachleistungen sind besser als Geldleistungen. Wir sagen ja zu Hilfe in Not, aber nein zum Geldtransfer ins Ausland. Wir geben Gas, die CSU gibt Gas. Das gilt auch im Hinblick auf die Europawahl am 9. Juni 2024. Nürnberg, unsere Region und ganz Franken sind nur stark, wenn die CSU auf allen politischen Ebenen entscheidend mitspricht. Das gilt für die kommunale Ebene, für den Landtag, im Bund und natürlich auch für Europa. Umso mehr wünsche ich schöne Ferien, frohe Ostern und natürlich auch weiterhin viel Freude im Engagement für eine erfolgreiche CSU und somit eine gute Politik für unsere Heimat.



„Die Idee: Unternehmen schaffen bezahlbaren Wohnraum und garantieren entsprechende Mietbegrenzungen.“

**Sebastian Brehm
MdB Nürnberg-Nord**

[Website](#)



WACHSTUMSIMPULSE FÜR DEN WOHNUNGSBAU

Angesichts der zunehmend dramatischen Lage beim Wohnungsbau haben CDU und CSU ein umfangreiches [Maßnahmenpaket](#) zur Belebung der Baukonjunktur vorgelegt. Die Zahl der Baugenehmigungen für neue Wohnungen sackte im Januar auf rund 16.800 ab. Fast ein Viertel weniger als ein Jahr zuvor, der schlechteste Start seit elf Jahren. Der groß angekündigte rot-grün-gelbe Bau-Turbo zündet nicht. Statt angekündigter 400.000 neuer Wohnungen jährlich werden es 2025 nur noch rund 200.000 sein. Die Union will vor allem mehr sozialen Wohnungsbau. Die Idee: Unternehmen schaffen bezahlbaren Wohnraum und garantieren entsprechende Mietbegrenzungen. Im Gegenzug gibt es zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten. Familien erhalten beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro je Erwachsenen und 150.000 Euro je Kind sowie zusätzliche Steuervorteile. Bestehende KfW-Programme sollen ausgeweitet werden. Beim Programm „Wohneigentum für Familien“ sind die Anhebung der Einkommensgrenze, die Einbeziehung des Kaufs von Bestandsimmobilien und die Förderfähigkeit für Bauten nach EH 55-Standard geplant. Die Ampel sieht der Entwicklung derweil tatenlos zu. Die Lage am Bau stabilisiere sich, behauptet Kanzler Olaf Scholz. Doch Stabilisierung reicht nicht, wir brauchen mehr. Es sind nicht hohe Zinsen und teure Baustoffe allein, es ist vor allem auch die fehlende Verlässlichkeit der Ampel, die Bauherren abschreckt. Vorneweg Wirtschaftsminister Robert Habeck mit seinen unkalkulierbaren Wendungen in der Förderpolitik und immer neuen Umweltauflagen.

„Heute besuchen den Ort jährlich rund eine Millionen Menschen aus aller Welt, darunter viele Schulklassen.“

ZUM JAHRESTAG DER ERÖFFNUNG DES KZ DACHAU

Am 22. März 1933 eröffnete das NS-Regime auf dem Areal der stillgelegten Königlich Bayerischen Pulver- und Munitionsfabrik in Dachau ein Konzentrationslager. Es war eines der ersten im damaligen deutschen Reich und sollte durchgehend bis 1945 existieren. Anlässlich des Jahrestages möchte ich in meiner Funktion als Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten daran erinnern, wie zerbrechlich die damals noch junge Demokratie war und wie wachsam wir heute sein müssen, diese freiheitliche Demokratie, in der wir heute leben zu schützen und gegen Angriffe zu verteidigen. Es gibt keine Alternative zu ihr; jedenfalls keine, die sich mit unseren Werten verträgt. Die Haft- und Terrorstätte in Dachau war eines der ersten Lager und bestand über die gesamte Zeit der NS-Herrschaft. Mehr als 200.000 Gefangene aus über 40 Nationen waren im KZ Dachau und seinen Außenlagern inhaftiert, mindestens 41.500 Menschen starben dort an Hunger, Krankheiten, Folter, Mord und den Folgen der Haft. Dank der Initiative von Überlebenden konnte das ehemalige Häftlingslager in einen Gedenk- und Erinnerungsort umgewandelt werden: Im Mai 1965 eröffnete die KZ-Gedenkstätte Dachau. Heute wird der Ort jährlich von rund einer Millionen Menschen aus aller Welt besucht, darunter viele Schulklassen. Unsere Aufgabe ist es, diese Stätten als steinerne Zeugen für die Verbrechen des Nationalsozialismus, als Orte der Erinnerung an die Leiden der Opfer sowie auch als Lernorte für künftige Generationen zu erhalten. Wir wissen aus der Geschichte, wie schnell eine Demokratie durch eine Diktatur ersetzt werden kann. Das darf nicht wieder geschehen!

Karl Freller
MdB Nürnberg-Süd
[Website](#)



„Der russische Angriffskrieg ist auch ein Angriff auf unsere Europäischen Werte!“

Tobias Winkler
MdB Fürth
[Website](#)



SONDERTRIBUNAL FÜR DIE UKRAINE – STARKES SIGNAL AUS NÜRNBERG

1.600 km liegen zwischen Nürnberg und den Orten Butscha und Irpin. Jenen beiden Orten, die traurige Berühmtheit erlangten, als nach dem Überfall auf die Ukraine, russische Soldaten dort abscheulichste Kriegsverbrechen verübten. Nürnberg hingegen wird weltweit nicht nur mit den Rassegesetzen und Reichsparteitagen verbunden, sondern zuallererst mit den „Nürnberger Prozessen“, in denen die Gräueltaten führender Nationalsozialisten vor dem weltweit ersten Kriegsverbrechertribunal aufgearbeitet wurden. Als ich letzten Sommer von Kollegen aus dem US-Kongress gefragt wurde, ob ich helfen könnte, im Schwurgerichtssaal 600 eine öffentliche Anhörung abzuhalten, musste ich nicht lange überlegen. Der kurze Draht zu Oberbürgermeister Marcus König und seine Zusage, ermöglichten ein „field hearing“, in dem Experten durch Mitglieder des US-Senats und des Repräsentantenhauses befragt wurden. Der Saal bot einen würdigen Rahmen für eine fundierte Diskussion über die Sicherung von Beweisen und die rechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen in der Ukraine. Nicht nur für die Menschen in der Ukraine ist es von großer Bedeutung, dass Folter, Morde und Vergewaltigungen an der Zivilbevölkerung nicht ungesühnt bleiben. Der russische Angriffskrieg ist auch ein Angriff auf unsere Europäischen Werte, die Würde des Menschen oder die Rechtsstaatlichkeit. Wir sind deshalb in besonderer Weise aufgefordert, die Macht des Rechts Jenen entgegenzustellen, die versuchen, sich über dieses Recht zu stellen. Der Schwurgerichtssaal 600 ist deshalb der richtige Ort, um mit unseren transatlantischen Partnern ein Signal der Entschlossenheit in die Welt zu senden, das Völkerrecht zu verteidigen.



„Die Einführung ist ein wichtiges Instrument, die Zuwanderung zu steuern.“

Petra Guttenberger
MdL Fürth
[Website](#)



BAYERN FÜHRT ALS ERSTES FLÄCHENLAND DIE BEZAHLKARTE EIN

Mit der Bezahlkarte können nur noch Waren in Geschäften des täglichen Gebrauchs erworben werden. Dadurch verhindern wir finanzielle Transaktionen in die Herkunftsländer der Asylbewerber, senken effektiv die Pull-Faktoren für illegale Migration und schieben der Schlepperkriminalität einen Riegel vor. Bayern startet die Testphase in den vier ausgewählten Landkreisen Fürstentum, Günzburg und Traunstein sowie in der kreisfreien Stadt Straubing. Der bayernweite Roll-out ist dann im Laufe des zweiten Quartals 2024 vorgesehen. Die Programmierung und Bereitstellung des Systems erfolgt durch ein E-Geld-Institut in Freising, wobei der Freistaat zur Entlastung der Kommunen die Kosten für die Karten und das Bezahlssystem übernimmt. Die Bezahlkarte wird an Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG ab 14 Jahren ausgehändigt, Asylbewerber erhalten künftig kein Bargeld mehr, sondern den entsprechenden Betrag als Guthaben auf der Bezahlkarte. Die Höhe der bereitgestellten Summe variiert je nach Alter, Familienstand und Art der Unterbringung. Das Guthaben entspricht dem individuellen, nicht als Sachleistung gewährten AsylbLG-Anspruch, wobei max. 50 Euro monatlich in bar abgehoben werden können. Online-Käufe und Überweisungen z. B. an Schlepperorganisationen sind ausgeschlossen. Die Bezahlkarte ist somit ein wirksamer Baustein, die Migrationskrise zu bewältigen.

„Bayern in der Vorreiterrolle mit der Bezahlkarte für Asylbewerber“

Jochen Kohler
MdL Nürnberg-West
[Website](#)



EINFÜHRUNG DER BEZAHLKARTE FÜR ASYLBEWERBER GESTARTET

In vier Pilotregionen startete am 21. März 2024 die Ausgabe von Bezahlkarten für Asylbewerber in Bayern. Im zweiten Quartal soll die Karte dann flächendeckend in Bayern ausgegeben werden. Damit übernimmt Bayern als komplettes Bundesland die Vorreiterrolle in Deutschland. Mit der Bezahlkarte - welche auf den jeweils ausgebenden Landkreis begrenzt ist - können alle Waren des täglichen Gebrauchs bezahlt werden. Überweisungen, Online-Shopping aber auch Glücksspiele wurden komplett gesperrt. Bar auszahlabar ist lediglich ein kleines Taschengeld von 50 Euro monatlich. Wir als CSU sagen JA zur Hilfe in der Not. Wir sind allerdings gegen Geldtransfers ins Ausland, welche im schlimmsten Fall sogar noch bei den Schleppern landen. Dies können wir mit den Bezahlkarten verhindern. Gleichzeitig bleibt das Geld im Landkreis und Bundesland, was auch zur Stärkung des Einzelhandels beiträgt. Gleichzeitig haben wir die Kostenfrage für die Einführung ganz praktikabel gelöst indem der Freistaat selbst die Kosten übernimmt. Nun ist der Bund am Zug, entsprechende und verlässliche Rechtsgrundlagen zu schaffen. Dies wird jedoch von den Grünen in der Ampel immer wieder verwässert und blockiert, so dass aufgrund deren Verzögerungstaktik nur unverbindliche Minimalvorgaben existieren. Um einen „Flickenteppich“ zu verhindern ist es wichtig, bundeseinheitliche Regelungen zu schaffen. Ich selbst bezweifle, ob dies mit den Grünen möglich sein wird, lasse mich jedoch gerne eines Besseren belehren. Bislang konnte man jedoch keinerlei ernsthafte Bestrebungen erkennen, die Migrationskrise zu bewältigen.



“Ein ausgewogenes Streikrecht ist entscheidend für den sozialen Frieden und wirtschaftliche Stabilität.”

Thomas Pirner
MdL Nürnberg-Nord

[Website](#)

FÜR EIN AUSGEWOGENES STREIKRECHT IN DEUTSCHLAND

Als Landtagsmitglied unterstütze ich energisch den Dringlichkeitsantrag meiner CSU-Landtagsfraktion und der Freien Wähler, der darauf abzielt, Deutschland vor einem Streikland zu bewahren und das Streikrecht in kritischen Bereichen der Daseinsvorsorge zu regulieren. Das Streikrecht ist eine grundlegende Säule der deutschen Wirtschaftsordnung gemäß Grundgesetz, jedoch müssen die wachsenden Belastungen für Bürger und Unternehmen durch Streiks in essenziellen Dienstleistungsbereichen ernst genommen werden. Wir haben beobachtet, wie Streiks im Verkehrswesen nicht nur Arbeitgeber, sondern vor allem diejenigen treffen, die täglich darauf angewiesen sind. Daher sind obligatorische Schlichtungsverfahren, angemessene Ankündigungsfristen und verbindliche Vereinbarungen für Mindestversorgung und Notdienste unerlässlich. Diskussionen über Gesetzesänderungen, wie von Bayern und der Bayerischen Wirtschaft angestoßen, sind wichtig, um einen Konsens zu finden. Letztendlich streben wir an, dass Deutschland ein Land bleibt, in dem sozialer Frieden und eine faire Ordnung des Arbeitslebens gewährleistet sind, ohne die Wirtschaftsstabilität zu gefährden.



„Fördern und Fordern – das ist die Grundlage für eine starke Wirtschaft.“

Werner Stieglitz
MdL Fürth-Land

[Website](#)



5-PUNKTE-PLAN FÜR DEN AUFSCHWUNG

Wir haben viele großartige Unternehmen und Handwerksbetriebe in der Region: Vom erfolgreichen Mittelständler über den innovativen Hidden Champion hin zum international aufgestellten Betrieb. Die oft schwierige Suche nach und Gewinnung von Fachkräften sind hier vielen gemein. In diesem Jahr fanden bereits die Berufsinformationstage in den beiden Landkreisen meines Stimmkreises statt. Ich war sowohl bei der Ausbildungsplatzbörse im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim als auch beim Tag der Ausbildung des Landkreises Fürth vor Ort. Diese Veranstaltungen sind eine großartige Gelegenheit für junge Menschen mit potentiellen Arbeitgebern zusammen zu kommen. Prozesse vereinfachen und vor allem: Entbürokratisieren. Das wurde mir bei vielen Gesprächen mit Unternehmern vor Ort immer wieder angetragen. Mit unserem 5-Punkte-Plan für die Wirtschaft wollen wir dem wirtschaftlichen Abwärtstrend entgegenwirken. Fördern und Fordern – das ist die Grundlage für eine starke Wirtschaft und unseren Wohlstand: ohne eine starke Wirtschaft gibt es auch keinen starken Sozialstaat. Für den Aufschwung müssen wir: (1) Die Standortpolitik wieder mehr in den Fokus rücken, (2) eine Agenda für die Fleißigen aufsetzen und unsere Arbeitskräfte bestmöglich ausbilden, (3) die Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit der Energie durch eine echte ideologiefreie Energiewende wiederherstellen mit Verfahrensbeschleunigung und einem engmaschigen Energie-Monitoring. Außerdem müssen wir (4) endlich ernst machen mit dem Bürokratieabbau und dem Belastungsstopp sowie (5) den Wohnbau ankurbeln durch Beschleunigung der Baugenehmigungen und berechenbare, bedarfsorientierte Förderungen.





SICHERUNG DER REGIONALEN LEBENSMITTELERZEUGUNG - AUCH IN ZUKUNFT

Angesichts der großen Herausforderungen in der modernen Landwirtschaft ist es wichtiger denn je, eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Der Bezirk Mittelfranken mit den Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf steht den Landwirten und Landwirtinnen als verlässlicher Partner zur Seite. Mit dem Start und Abschluss von zwei wichtigen Bauprojekten konnte das Ausbildungsangebot in Triesdorf in den letzten Tagen weiter verbessert werden. Zum einen wurde mit dem Spatenstich am 29. Februar der Startschuss für die Baumaßnahme zum zweiten Bauabschnitt und die Modernisierung des Fachzentrums für Energie und Landtechnik gegeben. Mit einer Summe von 16,6 Millionen Euro wird hier ein zukunftsorientiertes Ausbildungszentrum für angehende Landwirte, Landmaschinenmechaniker, Landwirtschaftsmeister, Gärtner, Werker, Winzer, Fachkräfte für Agrarservice sowie für Schüler und Schülerinnen und Studierende der Triesdorfer Einrichtungen fertiggestellt. Die steigenden Teilnehmerzahlen, aktuell 10.000 Teilnehmer im Jahr, untermauern hier den Bedarf und sprechen für den Standort Triesdorf. Zum anderen wurde die Generalsanierung des Schülerwohnheims Sandbuck 4 für knapp 80 junge Leute im Alter von 16 bis 18 Jahren mit der Einweihung am 11. März abgeschlossen. Das Wohnheim ermöglicht wieder modernes Wohnen für die jungen Menschen und bietet auch Freizeitmöglichkeiten nach dem Unterricht. Die Bausumme von 9,5 Millionen Euro ist hier gut investiertes Geld für die Landwirtschaft.

“Der Bezirk Mittelfranken investiert in die Ausbildung unserer Landwirtinnen und Landwirte.”

Peter Daniel Forster
Bezirkstagspräsident
Mittelfranken

[Website](#)

